

Im Kampf für die Sicherheit

Ein Gespräch mit der St.Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter

Mit Karin Keller-Sutter tritt eine FDP-Politikerin, die gesamtschweizerisch schon viel Aufsehen erregt hat, erneut für die Wahl in die Regierung an.

In ihrem Bereich hat die St.Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter in den letzten acht Jahren für Änderungen gesorgt, die der Bevölkerung mehr Sicherheit, aber auch mehr Gerechtigkeit garantieren. Viele ihrer Pionier-Leistungen sind von anderen Kantonen oder gar gesamtschweizerisch übernommen worden. Doch sie ist noch nicht am Ziel, wie unser Interview belegt. Gerade die sich ebenfalls stark beschleunigenden gesellschaftlichen Entwicklungen verlangen stets nach Anpassungen.

Mit Ihren Neuerungen im Sicherheits- und Justizdepartement haben Sie auch gesamtschweizerisch viel Aufsehen erregt (zum Beispiel Massnahmen gegen häusliche Gewalt und Zwangsheirat). Haben andere Kantone (eventuell Bund) nachgezogen, wenn ja, welche?

Ja, die Wegweisung bei häuslicher Gewalt wurde praktisch schweizweit übernommen. In Sachen Zwangsheirat haben wir einen Leitfaden erlassen, mit dem mögliche Opfer besser geschützt werden. Diese Massnahmen sind bisher einzigartig. Sie haben zwar eine grosse Beachtung in Fachkreisen erfahren, sind bislang aber noch nicht übernommen worden. Beim Bund ist die Strafbarkeit der Zwangsheirat hängig.

Werden Sie das Sicherheits- und Justizdepartement in der neuen Legislaturperiode beibehalten oder ziehen Sie einen Departementswechsel in Erwägung?



Karin Keller-Sutter: «Aufgrund der grossen Bedeutung der Euro 08 für die Schweiz sind Polizeieinsätze der Kantone gratis zu leisten.»

lagen wie die vorgeschlagene Wegweisung und das Vermummungsverbot. In diesem Sinn kann man sicher gezielt Verbesserungen erreichen.

Das Kantonspolizeikorps ist kürzlich reorganisiert worden. Drängen sich zur nochmaligen Stärkung der Effizienz beziehungsweise zum noch rascheren Einsatz bei

auf die EURO 08 hat die Konferenz der Kantonsregierungen bereits 2005 entschieden, dass der Einsatz aufgrund der grossen Bedeutung der Euro für die Schweiz gratis zu leisten ist. An diesem Entscheid ist nicht zu rütteln. Dies bedeutet, dass wir für den Einsatz der St. Galler Polizisten kein Geld bekommen.

nen. Eine solche Schülerbefragung wurde bislang erst im Kanton Waadt durchgeführt. Die St. Galler Studie wird sicherlich schweizweit Beachtung finden, da es keine neueren Ergebnisse gibt und bei uns mehr als 6000 Personen befragt werden.

Sie haben einmal von der Möglichkeit der Schaffung einer Ju-

unsere Praxis zwar konsequent, aber verhältnismässig ist. Kommt das Verwaltungsgericht in Einzelfällen zu einem anderen Entscheid, ist dies nicht ehrenrührig, sondern Teil unseres rechtstaatlichen Systems. Im Gegenteil: teils geht es uns auch darum, eine richterliche Beurteilung zu erwirken. Damit kann die Praxis auf einem bestimmten Gebiet gefestigt werden. Im sogenannten «Türkenfall» erwarten wir deshalb mit Spannung das Urteil des Bundesgerichtes. Wir wissen dann, wie stark das Integrationsverhalten beim Entzug des Aufenthaltsrechts gewichtet werden darf.

Die Motorfahrzeugsteuer soll nach ökologischen Kriterien ausgestaltet werden. Ist dabei wie in anderen Belangen eine ostschweizerische Abstimmung möglich oder gibt es erhebliche Unterschiede zum Beispiel zum Thurgau? Drängen sich auf Grund des Vernehmlassungsverfahrens wesentliche Änderungen beim Gesetzesentwurf auf?

Nein, das Vernehmlassungsverfahren hat die grundsätzliche Stossrichtung bestätigt. Wir basieren im Moment auf der Energieetikette, wie das die kantonale Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz (KKJPD) empfiehlt. Es ist davon auszugehen, dass die Kantone, die einen Systemwechsel vornehmen, sich an diese Empfehlung halten. Die Energieetikette ist jedoch bezüglich Schadstoffausstoss nur bedingt aussagekräftig und als Zwischenlösung zu betrachten, bis der Bund die sogenannte Umweltetikette einführt. Wichtig ist mir, dass die Revision ertragsneutral erfolgt. Mögliche Ausfälle müssen kompensiert werden, sonst entziehen wir dem Strassenbau die Finanzen.

Bild: z.V.g